

Pressemitteilung

Andreas Müller

63579 Freigericht

mobil 0174/3019484

e-mail mueller-hanau@t-online.de

web www.linkefraktion-mkk.de

24. November 2009

Haushalt: LINKE keine weiteren Privatisierungen im Main-Kinzig-Kreis. Haushaltsplan gehört ins Altpapier.

Mit den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den kommunalen Haushalt des Main-Kinzig-Kreises hat sich die Fraktion der LINKEN in ihrer letzten Fraktionssitzung befasst. „Der vorliegende Haushaltsentwurf ist schon heute nur als Altpapier zu gebrauchen,“ so der Fraktionsvorsitzende Andreas Müller. Allein aufgrund des Gemeindefinanzierungsgesetz verlieren die Kommunen Hunderte Millionen an Einnahmen gegenüber 2009. Den hessischen Kommunen sind schon zum 3. Quartal dieses Jahres bei den Vorsteuerzahlungen der Gewerbesteuer 1,2 Milliarden Euro an Einnahmen weggebrochen. Hinzu komme, dass die hessische Landesregierung gerade 2011 plane den Kommunalen Finanzausgleich um 400 Millionen Euro zu kürzen, damit werde den Kommunen keine Luft zum Atmen mehr gelassen. Mit dem neuen Etat, der in der Dezembersitzung des Kreistags eingebracht und am 5. Februar 2010 verabschiedet werden solle, offenbare sich zwar, welche Belastungen nicht nur wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage, sondern auch aufgrund der Vorgaben von Bund und Länder auf die Kreise zukomme. Mit dem schwarz-gelben Wachstumsbeschleunigungsgesetz sind es nochmals 218 Millionen Euro alleine in Hessen weniger an Einnahmen. „Wir können uns nicht vorstellen, dass diese Verluste schon im Haushaltsplan eingepreist sind, deshalb ist der Haushaltsplan auch nur noch als Altpapier zu gebrauchen,“, so Müller

Deshalb wird die LINKE Fraktion auch zwei Anträge stellen. Zum einen wollen die LINKEN mit einer aktuellen Stunde über die verheerende Finanzsituation der hessischen Kommunen aufgrund den Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetz, speziell dem Main-Kinzig-Kreis und dessen Kommunen, debattieren. Zum anderen stellen die LINKEN den Antrag, dass der Kreistag des Main-Kinzig-Kreises den Finanzdezernenten auffordert, sämtliche Vorbereitungen zur Privatisierung oder Teilprivatisierungen von kommunalen Unternehmen sofort einzustellen und jegliche weitere Planung zu unterlassen. Der Kreistag soll jeglichen Privatisierungsfantasien eine Absage erteilen, fordert Müller nachdrücklich.

Auf die Kommunen rollt kein finanzpolitischer Tsunami zu, sondern eine Sintflut, stellt Müller fest. „Das schlimme dabei ist allerdings, dass diese Sintflut zu einem großen Teil auch noch durch die Bundespolitik verursacht wird, und dort wider besseres Wissen

Entscheidungen zu Lasten der Kommunen getroffen werden. Die Kommunen in ihrer selbstverantwortlichen Verfasstheit geraten durch schwarz-gelbe Steuerpolitik in Gefahr!"

Die LINKE fragen deshalb wie 2011 öffentliche Investitionen und freiwilliger Leistungen durch den Haushalt des Main-Kinzig-Kreises noch geleistet werden können, ob es Überlegungen die Preise bei kreiseigenen Betrieben zu erhöhen gibt und ob in den Kommunen Planungen für höhere Straßenerschließungsbeiträge, höhere KiTa-Beiträge etc. bekannt sind.

In verschiedenen Presseveröffentlichungen zum Haushalt konnte man entnehmen , dass es anscheinend in der großen Koalition Überlegungen gibt, die Finanzeinbrüche mit Verkäufen öffentlichen Eigentums auszugleichen. Dies lehnen die LINKEN kategorisch ab.

Sie stellen deshalb den Antrag, alle Privatisierungspläne sofort zu stoppen.

Schon in der letzten Kreistagssitzung hätten die LINKEN einen Antrag zur Rekommunalisierung der Main-Kinzig-Gas gestellt, erinnert Müller. Strom, Wasser, Gas und Gesundheit müssten in kommunaler Hand bleiben, um eine bezahlbare Infrastruktur zu garantieren. Die Main-Kinzig-Kliniken in Gelnhausen dürften ebenfalls nicht in Frage gestellt werden. Die Beispiele wie Marburg und Gießen zeigten, dass dies der falsche Weg sei, für Bürger, wie für die Beschäftigten. Darüber hinaus lehnen die LINKEN Kürzungen im Bereich Ehrenamt ab. „Die Sicherung kultureller, sportlicher und sozialer Angebote, Frauenhäuser und Einrichtungen wie Sekos, Lawine und AWO stehen für uns an oberster Stelle ", betonte Müller. Auch die kostenlose Schülerbeförderung darf nicht in Frage gestellt werden.

DIE LINKE.

gez. Andreas Müller